

// AUSZUG //

aus der 24. Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses
am Montag, 03.02.2020

öffentlicher Sitzungsteil

3. 2019-620 Verkehrs- und Mobilitätskonzept für die Stadt Raunheim Hier: Grundsatzbeschluss

Herr Laubscheer führt in die Drucksache 2019-620 ein und bietet an, die Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Die FDP-Fraktion würdigt die vorgelegte Drucksache, weist aber darauf hin, dass während des voraussichtlichen Planungs- und Realisierungszeitraums von ca. 10 Jahren Veränderungen an dem vorgelegten Konzept möglich sein können. Sie äußert den Wunsch, dass Vorschläge der Fraktionen hinreichend beraten und berücksichtigt werden.

Die CDU-Fraktion unterstreicht, dass es sich lediglich um einen Grundsatzbeschluss handele. Sie möchte keineswegs auf die Kontrollfunktion der städtischen Gremien verzichten und Änderungen der Planungsgegenstände im Einzelfall vorgestellt bekommen.

Die SPD-Fraktion konstatiert, dass eine Abstimmung über den eingebrachten Grundsatzbeschluss möglich ist, da keiner der eingebrachten Anträge dem Grundsatzbeschluss grundsätzlich konträr gegenüberstehe.

Der Ausschuss einigt sich darauf, die einzelnen Anträge der Fraktionen vorzustellen.

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion sieht die verkehrliche Prüfung einer möglichen Aufhebung der bestehenden Einbahnstraßenregelung in der Waldstraße und in der August-Bebel-Straße vor. Ferner sollen Berechnungen nachweisen, dass die Leistungsfähigkeit der vorgeschlagenen Kreisverkehrsplätze und umgestalteten Kreuzungsbereiche gegeben ist.

Herr Laubscheer sagt zu, dass diese Prüfungen im Rahmen der Detailplanungen vorgenommen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Auskunft, ob bereits Verkehrszählungen vorliegen.

Herr Laubscheer erläutert, dass nach Realisierung der Anschlüsse Ost und West Verkehrszählungen vorgenommen worden sind, die bereits in der Erstellung des Verkehrs- und Mobilitätskonzepts Berücksichtigung gefunden haben.

Die CDU-Fraktion hinterfragt die Darstellung geplanter Kreisverkehrsplätze in Anlage 1 der Drucksache.

Herr Laubscheer erläutert, dass in dieser Darstellung sowohl geplante Kreisverkehrsplätze als auch umzugestaltende Kreuzungsbereiche aufgeführt sind.

Im Anschluss daran erläutert die FDP-Fraktion ihre vorgelegten Ergänzungsbeschlüsse. Im Hinblick auf die Umgestaltung der Platzbereiche „Platz der Verschwisterung“ sowie „Haus unter der Linde“ soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Barrierefreiheit gelegt werden. Insbesondere im Umfeld des „Hauses unter der Linde“ führt der Natursteinpflasterbelag zu Schwierigkeiten beim Begehen dieser Flächen durch mobilitätseingeschränkte Mitbürger.

Die Fraktion regt zudem die Einführung einer Einbahnstraßenregelung nach Anbindung der Königsberger Straße an die Mainzer Straße an. Hierdurch könne zusätzlicher Freiraum geschaffen werden. Bei der Steuerung des ruhenden motorisierten Individualverkehrs regt die Fraktion eine 12-Stunden-Park-Regelung an, um jede nichtgewünschte Nutzung soweit wie möglich einzuschränken und den erwartbaren Parkdruck in den angrenzenden Straßen zu minimieren. Ferner wird angeregt, die Hotels zur Ausweisung von Busparkplätzen zu verpflichten.

Die FDP-Fraktion empfiehlt, die bestehende Möglichkeit des kostenlosen Parkens auf der P & R-Anlage am Bahnhof beizubehalten. Hintergrund hierfür ist die Vermutung der Fraktion, dass bei einer Bewirtschaftung des Parkplatzes der bestehende Parkdruck lediglich verlagert würde. Die Fraktion empfiehlt ferner eine Verlängerung der geplanten Radroute in Richtung der Platanenstraße in Rüsselsheim. Um Ausweichverkehre nach Einrichtung der geplanten Shared-Space-Zone auszuschließen, regt die Fraktion eine Ausweisung der Liebfrauenstraße sowie der Jakobstraße als Einbahnstraßen an.

Abschließend bittet die Fraktion um die Vorlage eines Zeit- und Finanzierungsplans und rät an, die Bürger vor Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen mit einzu-beziehen. Zudem sei ein Austausch mit anderen Städten, die bereits Erfahrungen in der Umsetzung vergleichbarer Konzepte gesammelt haben, sinnvoll.

Herr Laubscheer hebt hervor, dass der öffentliche Personennahverkehr in Raunheim gut organisiert und auch das Radwegenetz überregional sehr gut angebunden ist. Er weist darauf hin, dass wünschenswerte Nachjustierungen jederzeit möglich sind. Dieses bedeutet, dass umgesetzte Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen werden können.

Er sieht eine Bewirtschaftung der P & R-Anlage am Bahnhof als notwendig an, da der überwiegende Teil der Nutzer nicht aus Raunheim stammt.

Herr Brune informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass Bestrebungen der Stadt Rüsselsheim bestehen, die Platanenstraße auf dem Gemarkungsgebiet der Stadt Rüsselsheim in Fahrtrichtung Raunheim zu befestigen. Somit könne der entsprechende Ergänzungsbeschluss der FDP-Fraktion vermutlich berücksichtigt werden.

Er informiert das Gremium, dass die Stadtverwaltung bereits Planungen für die Erstellung von Busparkplätzen im Umfeld des NH-Hotels durchgeführt hat, die dann allerdings vom Betreiber des NH-Hotels auf eigene Kosten umzusetzen wären.

Die CDU-Fraktion stellt die Eckpunkte ihrer Ergänzungsanträge vor. Sie bittet um Vorlage eines Pflegekonzepts für den „Platz der Verschwisterung“ sowie das „Haus unter der Linde“. Sie regt an, die in der Shared-Space-Zone vorgesehene Fahrgeschwindigkeit von höchstens 10 km/h zu überdenken und stattdessen eine höhere Geschwindigkeit von max. 20 bzw. 30 km/h zuzulassen. Ferner bittet sie um Konkretisierung der Bürgerparkausweisungszonen I und II.

Herr Laubscheer erläutert, dass zur Ausweisung von Bürgerparkausweiszonen umfangreiche Überprüfungen durch Juristen vorgesehen sind. Die Ausweisung von Bürgerparkausweiszonen stellt ein Novum dar und ist durch eine Satzung zu konkretisieren. Zudem besteht jederzeit die Möglichkeit, die vorgesehenen Zonen zu erweitern oder anzupassen. Die für die Ausstellung eines Bürgerparkausweises zu erhebenden Gebühren werden nicht unter dem Aspekt der Einnahmenmaximierung betrachtet.

Herr Laubscheer weist ferner darauf hin, dass die Ausweisung von Shared-Spaced-Zonen zwangsläufig dazu führt, dass die maximal gefahrene Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer 10 km/h beträgt. Allerdings können auch bauliche Einrichtungen und Barrieren das Tempo reduzieren helfen, doch würde dieses den Verkehrsfluss erheblich einschränken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt ihre drei Anträge vor und erläutert diese im Detail.

Herr Laubscheer regt an, örtliche Fahrradwerkstätten anzusprechen, um die Errichtung von Service- und Reparaturstationen entlang der Radrouten durch das Stadtgebiet zu ermöglichen. Gegebenenfalls könne hier auch ein Sponsoring zielführend sein.

Im Hinblick auf die empfohlene Ausweisung einer Shared-Space-Zone in der Mainstraße könne auch darüber nachgedacht werden, ob eine Reduktion der Fahrgeschwindigkeiten gegebenenfalls auch durch ein geändertes Gestaltungskonzept erzielt werden könne. Er hält die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer in der Bahnhofstraße für denkbar, weist jedoch darauf hin, dass dieses zu einer Aufhebung des Parkens für PKW auf einer Fahrbahnseite führen würde.

Die Stadtverordnetenvorsteherin sieht mit Vorlage des Verkehrs- und Mobilitätskonzepts eine Stärkung der Position des Fußgängers. Sie weist jedoch darauf hin, dass die vorgelegten Planungen bei zeitlicher Fortentwicklung zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren sind.

Die CDU-Fraktion hinterfragt die explizite Benennung der Höhe von Parkgebühren. Aus diesem Grund sieht sie in der vorgelegten Drucksache nicht nur einen Grundsatzbeschluss, sondern auch bereits eine dezidierte Festlegung auf Ausführungsdetails.

Ferner bittet sie um Auskunft zur geplanten Ausweisung von Stellplätzen im Bereich der Ludwig-Buxbaum-Allee.

Herr Laubscheer erläutert, dass es sich hier um die Neuanlage von bis zu 9 Stellplätzen im Bereich des Ludwig-Buxbaum-Platzes handelt.

Über die Drucksache 2019-620 wurde im Rahmen des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses lediglich beraten und über die eingebrachten Anträge der Fraktionen informiert. Eine Abstimmung über die Drucksache und die eingebrachten Anträge erfolgt in der kommenden Sitzungswoche

Beschluss:

1. Das Verkehrs- und Mobilitätskonzept wird als Grundlage zur Beratung weitreichender Neuregelungen zum fließenden und ruhenden Verkehr in der Stadt Raunheim zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage dargestellten grundsätzlichen Planungen weiter zu verfolgen und zu konkretisieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das dargestellte Radverkehrskonzept zu konkretisieren und zeitnah umzusetzen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kreuzungspunkte Liebfrauenstraße / Mainzer Straße, als auch Mathildenstraße / Frankfurter Straße gem. des dargestellten Entwurfs umzubauen.